► Spendenrecht

Zuwendungsempfängerregister startet am 01.01.2024 mit Einschränkungen

| Ab Januar 2024 wird das Zuwendungsempfängerregister beim Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) online erreichbar sein. Zum Start des Registers werden aber nicht sofort alle für das Register berechtigten Organisationen angezeigt werden können, weil die Finanzämter dem BZSt die Daten zu den Zuwendungsempfängern erst sukzessive übermitteln. Das hat aber keine Auswirkung auf den gemeinnützigkeitsrechtlichen Status bzw. den Status der Organisation als Zuwendungsempfänger. |

Hintergrund | Für potenzielle Spender und Fördermittelgeber ist das Zuwendungsempfängerregister eine einfache und unkomplizierte Möglichkeit, sich über den Gemeinnützigkeitsstatus von Organisationen zu informieren. Es schafft Transparenz und hilft so privaten und institutionellen Fördermittelgebern, die Organisationen zu identifizieren, bei denen sie sich engagieren möchten. Gemeinnützige Einrichtungen können den Nachweis der Steuerbegünstigung künftig auch über das Zuwendungsempfängerregister führen, soweit formal kein anderer Nachweis (Freistellungsbescheid) verlangt wird (Quelle: BZSt, Pressemitteilung vom 29.11.2023, www.bzst.de).

▾ WEITERFÜHRENDER HINWEIS

- Beitrag „Im Wachstumschancengesetz: Zuwendungsempfängerregister und digitales Spendenverfahren“, VB 9/2023, Seite 20 → Abruf-Nr. 49673265

► Vereinsregister

Fristversäumnisse des Notars können zu Ungültigkeit einer Beschwerde führen

| Ein Notar, der die zu einer Eintragung erforderliche Erklärung beglaubigt, ist grundsätzlich auch Verfahrensbevollmächtigter. Die Zustellung einer ablehnenden Entscheidung an ihn setzt deshalb die Beschwerdefrist in Gang. Das entschied das KG Berlin im Fall eines Vereins, dessen Eintragung das Registergericht wegen Satzungsmängeln abgelehnt hatte. |

Nachdem der Notar zunächst Fristverlängerung beantragt hatte, reagierte er auf weitere Erinnerungen des Amtsgerichts nicht. Später legte der Vereinsvorstand Beschwerde ein, die das Gericht ablehnte. Zu Recht, so das KG. Die Beschwerde war nämlich nicht innerhalb der Beschwerdefrist von einem Monat eingelegt worden. Sie begann mit der Zustellung der Zwischenverfügung an den Notar. Eine Zustellung an den Vorstand war dazu grundsätzlich nicht erforderlich (KG Berlin, Beschluss vom 19.09.2023, Az. 22 W 31/23, Abruf-Nr. 238781).

Wichtig | Praktisch bedeutet das, dass der Verein eine erneute Anmeldung zum Vereinsregister vornehmen muss, weil das laufende Eintragungsverfahren beendet war. Das bedeutet insbesondere höhere Kosten und zusätzlichen Zeitaufwand.

Mehr Transparenz
über förderungswürdige Organisationen

Fehler des Notars
fallen dem Verein
vor die Füße